

22. Mai 2000

Klaus Buß will Sprachförderung für Migranten verbessern
Alle Migranten sollen Sprachkurs-Angebote erhalten
Ohne deutsche Sprache ist Integration nicht möglich

Innenministerium
des Landes
Schleswig-Holstein



Innenminister Klaus Buß hat sich für eine bessere Sprachförderung von Migranten ausgesprochen. „Wir brauchen eine Förderung aus einem Guss“, sagte Buß heute (22. Mai) vor dem „Runden Tisch“ in Kiel. Das Gremium, dem Vertreter von etwa 40 Institutionen, Verbänden und Vereinen angehören, berät die Landesregierung in Fragen der Flüchtlingspolitik. Für eine erfolgreiche Integration ist es nach Auffassung von Buß unerlässlich, dass Migranten die deutsche Sprache beherrschen. Wer sich nicht ausreichend verständigen könne, habe keine Chance auf dem Arbeitsmarkt und bleibe ein Fall für die Sozial- und Arbeitslosenhilfe.

Buß kritisierte unterschiedliche Zuständigkeiten und Richtlinien für die Sprachförderung in Deutschland. Dies sei kontraproduktiv, verwirrend und nicht mehr vernünftig zu erklären. Buß: „Warum sollen zum Beispiel später nachgereiste Familienmitglieder eines Spätaussiedlers oder mit Deutschen verheiratete Ausländerinnen und Ausländer keine Sprachförderung bekommen? Warum wird dem Kind eines Asylbewerbers der Zugang zu außerschulischem Förderunterricht verwehrt?“

Der Minister begrüßt die Absicht der Bundesregierung, die Fördertöpfe und Richtlinien zu einem Gesamtkonzept zusammenzufassen. Schleswig-Holstein setze bereits jetzt in jedem Jahr etwa eine Million Mark ein, um Migranten zu fördern, die nach den Richtlinien des Bundes nicht berücksichtigt werden. Der Bund unterstützt Schleswig-Holstein bei der Sprachförderung jährlich mit rund 14 Millionen Mark.

Buß setzt sich dafür ein, dass die Sprachförderung nicht vom Rechtsstatus eines Flüchtlings abhängig sein darf. „Alle in Deutschland lebenden Migranten müssen Zugang zu Sprachkursen haben“, sagte Buß. Die Niederlande seien ein positives Beispiel. Dort bekomme jeder Einwanderer unabhängig davon, ob es ein Ausländer, Flüchtling oder Niederländer aus Übersee sei, einen Sprachkurs angeboten.

Buß hat inzwischen die Vorschläge der Arbeitsgemeinschaft Sprachförderung des Runden Tisches an die Bundesregierung weitergeleitet. „Ich würde mich freuen, wenn diese Anregungen in die Überlegungen für ein neues Konzept des Bundes Eingang fänden“, sagte der Minister. Die Arbeitsgruppe wurde Ende vergangenen Jahres eingerichtet. Ihr gehören Vertreter der Arbeitsverwaltung, des Bildungs- und Innenministeriums an. Auch Fachleute von Institutionen, die Sprachkurse für Migranten anbieten, arbeiten mit.

Ein einheitliches Konzept schließt nach Überzeugung von Buß differenzierte Angebote nicht aus. Kinder und schulpflichtige Jugendliche bräuchten eine andere Förderung als junge Erwachsene, ältere Erwachsene, Lernschwache oder Analphabeten. Die persönlichen Bedürfnisse, der Kenntnis- und Leistungsstand sowie die beruflichen Perspektiven der Migranten sollten künftig Kriterien für den Umfang der Fördermaßnahmen sein.

„Das Paradoxe an der gegenwärtigen Situation ist doch, dass Sprachkurse ohne Rücksicht auf die Bedürfnisse der Teilnehmer zusammengesetzt werden müssen, nur um eine bestimmte Größe zu erreichen, die wiederum Voraussetzung dafür ist, dass die entsprechenden Förderrichtlinien greifen“, sagte Buß. Eine nach Leistungsstand differenzierte Förderung sei nur selten möglich. Buß hält Tests für erforderlich, um das Lernniveau regelmäßig zu kontrollieren. Am Ende eines Kurses müsse eine Abschlussprüfung stehen. „Die gegenwärtige Unverbindlichkeit der Kursteilnahme und die mangelnde Verwertbarkeit der Abschlüsse sind dann kein Problem mehr“, sagte Buß.

Verantwortlich für diesen Presstext:

Thomas Giebeler, Innenministerium, Düsternbrooker Weg 92, 24105 Kiel

Tel.: 0431/988-3007, Telefax: 0431/988-3003

e-mail: pressestelle.im@landsh.de

Im Internet: Pressedienst „Aktuelles“ und Informationen der Landesregierung: <http://www.schleswig-holstein.de/landsh>
Mehr Informationen über Schleswig-Holstein im Schleswig-Holstein-Forum: <http://www.schleswig-holstein.de>

Verantwortlich für diesen Presstext:

Gerhard Hildenbrand, Susanne Bieler, Regierungspressestelle, Landeshaus, 24105 Kiel

☎ 0431/988-1704, Fax: 0431/988-1965, E-Mail: presse.landesregierung@landsh.de

Im Internet: Pressedienst „Aktuelles“ und Informationen der Landesregierung: <http://www.schleswig-holstein.de/landsh>

Mehr Informationen über Schleswig-Holstein unter <http://www.schleswig-holstein.de>